

NORDMETALL · Kapstadtring 10 · 22297 Hamburg

An den
Umwelt- und Agrarausschuss
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Hamburg, 13.11.2020

Schriftliche Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion „Lieferkettengesetz jetzt!“

- NORDMETALL lehnt ein nationales Lieferkettengesetz als unerfüllbar, unverhältnismäßig, schädlich und beschäftigungsfeindlich ab
- Wer gerade in Corona-Pandemie, Konjunkturreinbruch und Strukturwandel die Betriebe mit neuen Regulierungen belastet, gefährdet Aufträge und Arbeitsplätze

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Achtung der Menschenrechte ist ein selbstverständliches und von den Arbeitgebern der norddeutschen Metall- und Elektroindustrie daher auch im Grundsatz unterstütztes Ziel. Die Einhaltung der Menschenrechte sicherzustellen ist indessen Aufgabe der jeweiligen Unternehmen auf den einzelnen Stufen der Lieferkette sowie der jeweiligen nationalen Behörden.

Das vorgelegte Eckpunktepapier von den Bundesministerien für Arbeit und Soziales und für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verwischt diese Zuständigkeiten und bürdet die Verantwortung einzig den Endproduzenten auf. Diese sind weder materiell noch administrativ oder finanziell in der Lage, die Einhaltung der Menschenrechte auf allen vorgelagerten Produktionsstufen zu überwachen oder gar zu beseitigen. Und selbst wenn sie diese Pflichten erfüllen könnten, würden sie dadurch mit einem enormen Kosten- und Zeitaufwand belastet, der sie gerade in der gegenwärtigen Mehrfach-Krise (Corona-Pandemie, Konjunkturreinbruch, Strukturwandel) überfordern und Arbeitsplätze gefährden würde – in den Betrieben selbst wie auch bei den Lieferanten.

NORDMETALL lehnt die Gesetzesinitiative daher ab. Insbesondere die norddeutsche Metall- und Elektroindustrie wäre davon in zweifacher Hinsicht besonders stark betroffen:

1. Die norddeutsche Metall- und Elektroindustrie ist von kleinen und mittleren Betrieben (KMU) geprägt. Die wenigsten von ihnen verfügen über ein System, das es ihnen erlaubt, die in ihren weltweiten Lieferketten vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt bestehenden Risiken ohne enormen Mehraufwand zu ermitteln und zu analysieren. Solche Verfahren einzuführen und nachzuhalten würde einen unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand bedeuten, den sich die wenigsten KMU leisten können. Vor allem nicht angesichts der noch nicht abschätzbaren Folgen der Corona-Pandemie.

Auch die Verwaltungen größerer Unternehmen würden vor unnötige Herausforderungen gestellt: Ihre oft an branchenspezifischen Mechanismen orientierten Verfahren zur Einhaltung der Sorgfaltspflichten müssten an die neuen, nationalen Regelungen angepasst werden – wohl wissend, dass eine EU-Richtlinie zum gleichen Thema bereits in Arbeit ist, in absehbarer Zeit also weitere Prozessanpassungen vorgenommen werden müssten.

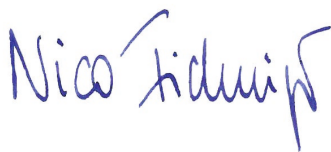
2. Die Metall- und Elektroindustrie gehört mit der Automobilindustrie, dem Maschinenbau und der Elektrotechnik zu den zulieferintensivsten Wirtschaftszweigen weltweit. 2019 hat die deutsche Wirtschaft Bauteile und Komponenten für insgesamt 606 Milliarden Euro aus dem Ausland bezogen, 55 Prozent aller nach Deutschland eingeführten Waren waren Vorprodukte (IW-Report 16/2020). Deutsche Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie pflegen Geschäftsbeziehungen mit Lieferanten hauptsächlich aus China, aber auch aus der Türkei und Russland – Ländern, denen immer wieder Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen werden. Für die deutsche Industrie sind diese Geschäftsbeziehungen unverzichtbar. Sie aufgrund neuer Gesetze bis ins letzte Glied nachverfolgen und auf mögliche Menschenrechtsverletzungen hin überprüfen zu müssen, würde den Betrieb vieler – auch norddeutscher – Unternehmen massiv behindern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Metall- und Elektroindustrie beobachtet mit wachsender Sorge das Ringen der Koalitionspartner auf Bundesebene um eine gesetzliche Regelung. Seit Monaten lässt die Bundesregierung konkrete Anfragen aus Politik und Wirtschaft hinsichtlich des geplanten Sorgfaltspflichtengesetzes mit Verweis auf den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungsstand verhallen.

Daher ist ein umso deutlicheres Zeichen gegen ein Lieferkettengesetz nötig: gerade jetzt!

Mit freundlichem Gruß



Dr. Nico Fickinger
Hauptgeschäftsführer